



DER GENERALBUNDESANWALT

BEIM BUNDESGERICHTSHOF

Der Generalbundesanwalt • Postfach 27 20 • 76014 Karlsruhe

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh
- nur per E-Mail an initiative-ouryjalloh@s036.net -

Aktenzeichen

2 ARP 308/13-5

(bei Antwort bitte angeben)

Bearbeiter/in

StA'in b. BGH Geilhorn / BA b. BGH

Lohse

☎ (0721)

81 91 - 228

Datum

04.04.2018

Betrifft: Todesfall Oury Jalloh - Ihre Strafanzeige vom 7. Dezember 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Strafanzeige vom 7. Dezember 2017 gegen [REDACTED] habe ich zuständigkeitshalber an die Generalstaatsanwaltschaft Sachsen-Anhalt in Naumburg abgegeben. Eine gesetzliche Zuständigkeit des Generalbundesanwalts zur Aufnahme von Ermittlungen ist im vorliegenden Fall nicht gegeben.

1. Soweit eine Zuständigkeit des Generalbundesanwalts gemäß § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 GVG aus der Opferauswahl und Motivation der Tat als eine gezielte Verletzung des grundgesetzlich gewährleisteten Minderheitenschutzes folgen könnte, fehlt es an dem erforderlichen Staatsschutzbezug.

Über die erforderliche Katalogtat nach § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 GVG hinaus bedarf es für eine Evokation des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt - abgesehen von der „besonderen Bedeutung des Falles“ - eines qualifizierten Staatsschutzbezugs der Tat.

Ein solcher Bezug kann nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung vorliegen, wenn das in Rede stehende Delikt durch den ihm innewohnenden Verstoß gegen

Hausanschrift:

Brauerstraße 30
76135 Karlsruhe

Postfachadresse:

Postfach 27 20
76014 Karlsruhe

E-Mail-Adresse:

poststelle@gba.bund.de

Telefon:

(0721) 8191 -o

Telefax:

(0721) 8191 - 590

Verfassungsgrundsätze seinen im Vergleich zu ähnlichen Straftaten besonderen Charakter gewinnt. Geht es um eine vorsätzliche Tötung von Ausländern (oder Repräsentanten sonstiger Minderheiten), kann sich ein solcher spezifischer Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze aus der Verletzung des grundgesetzlich gewährleisteten Minderheitenschutzes gegen jegliche Art von Gewalt- und Willkürherrschaft ergeben. Dieser Grundsatz gilt dann als beeinträchtigt, wenn der Täter sein Opfer nur deshalb angreift, weil er es als Mitglied einer nationalen, rassistischen, religiösen oder durch ihr Volkstum bestimmten Gruppe der Bevölkerung, mithin lediglich als deren Repräsentant treffen will. Dann wohnt der Tat eine über die Täter-Opfer-Beziehung hinausgehende Tendenz inne, die über die Verletzung der individuellen Rechtsgüter des Opfers hinaus das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Land in Frage stellt. Denn sie spricht einem Teil der Bevölkerung das Recht ab, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Damit erschüttert sie das Vertrauen aller Bevölkerungsteile darauf, in der Bundesrepublik vor gewaltsamen Einwirkungen geschützt zu sein, weil nicht die Gewähr besteht, dass sich Handel und Wandel innerhalb der Staatsgrenzen im Einklang mit Gesetz und Verfassung vollziehen (vgl. BGH, Urteil vom 22. Dezember 2000 - 3 StR 378/00 - „Eggesin“, Rn. 37, 38, NJW 2001, 1359).

Zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, mithin ein „Anfangsverdacht“ für eine in diesem Sinne fremdenfeindliche Opferauswahl und einen tödlichen Angriff ausschließlich wegen der Ausländereigenschaft des Oury Jalloh, liegen derzeit nicht vor.

Für das Vorliegen eines fremdenfeindlich motivierten Tötungsdeliktes und einer durch die Tötung bezweckten gezielten Untergrabung elementarer Verfassungsgrundsätze gibt es auch unter Berücksichtigung Ihres Vorbringens in der Strafanzeige vom 7. Dezember 2017 und der weiteren seitdem bekannt gewordenen Umstände keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte.

Ein solcher Charakter der Tat folgt schon nicht aus den Erwägungen, welche die Grundlage für die Einleitung von Ermittlungen gegen Polizeibeamte durch die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau mit Verfügung vom 4. April 2017 bildeten. Die Staatsanwaltschaft nimmt gerade keine rassistische, ausländerfeindliche Motivation von Revierbeamten an. Ihre Überlegungen gehen vielmehr dahin, dass es sich vor dem Hintergrund der vorangegangenen Todesfälle Rose und Bichtemann um eine Vertuschungsaktion gehandelt haben könnte, um spätere Nachfragen hinsichtlich eines weiteren Misshandlungs- oder Todesfalls zu vermeiden. Ein die Zuständigkeit des Bundes begründender Staatsschutzbezug aufgrund einer minderheitenfeindlichen Einstellung wäre somit auch bei Unterstellung des von der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau mit Bejahung des Anfangsverdachts angenommenen Sachverhalts nicht gegeben. Diese Bewertung der Einleitungsverfügung vom 4. April 2017 stellt auch die Strafanzeige vom 7. Dezember 2017 nicht in Abrede.

Allein aus dem Umstand, dass ein dunkelhäutiger Gefangener im Gewahrsam und unter Obhut deutscher Polizeibeamter zu Tode gekommen ist, rechtfertigt für sich genommen noch nicht den Schluss einer fremdenfeindlich motivierten vorsätzlichen Tötung und vermag so auch nicht den nach § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 GVG erforderlichen Staatsschutzcharakter der Tat zu begründen. "

Es werden aber auch im Übrigen in der Strafanzeige keine Umstände geschildert, die das Vorliegen eines rassistisch motivierten Tötungsdelikts nahelegen könnten. Die Strafanzeige führt lediglich aus, es handele sich um eine besonders schwere Staatsschutzstraftat mit Bezug zur inneren Sicherheit und Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland; die Strafanzeige trifft insoweit lediglich abweichende eigene Wertungen, trägt aber keine neuen Fakten und Verdachtsmomente vor. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der darin dargestellten Widersprüchlichkeit von Angaben des früheren Polizeibeamten [REDACTED]. Eine explizit ausländer- oder minderheitenfeindliche Einstellung dieses oder der anderen im fraglichen Zeitraum diensthabenden Polizeibeamten lässt sich weder seinem Aussageverhalten noch sonstigen Umständen entnehmen. So vermochte auch das Urteil des Landgerichts Magdeburg keine Anzeichen für eine ausländer- oder minderheitenfeindliche Grundeinstellung von Beamten des betroffenen Polizeireviers festzustellen.

Etwas anderes folgt auch nicht aus den in der Strafanzeige angesprochenen Todesfällen (Tod des Hans Jürgen Rose im Jahr 1997 im örtlichen und zeitlichen Zusammenhang zu einem Aufenthalt in der Polizeiwache und des Mario Bichtemann im Jahre 2002). Zwar ist eine ungewöhnliche Häufung erklärungsbedürftiger, möglicherweise auf Fehlverhalten von Beamten der betroffenen Polizeiwache hindeutender Vorfälle festzustellen; über diesen Ausgangspunkt hinaus ergeben sich jedoch weder aus der Anzeige noch aus den Darlegungen in der Einleitungsverfügung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und auch nicht aus sonstigen Umständen belastbare Verdachtsgründe dafür, dass es sich dabei jeweils um gezielte Tötungshandlungen durch Polizeibeamte gehandelt haben könnte, denen darüber hinaus eine politische oder rassistische Motivation zugrunde lag. Selbst wenn man im Zusammenhang mit diesen Vorgängen ein schuldhaftes Verhalten von Polizeibeamten unterstellen wollte, ergäbe sich daraus ohne ein - hier nicht ersichtliches - Hinzutreten weiterer erheblicher Belastungsindizien noch kein Anhalt für vorsätzlich verübte Tötungen; dies muss umso mehr gelten, als - bei Fehlen jeglichen Hinweises auf ein planmäßiges Vorgehen - von spontan gefassten Tatentschlüssen ausgegangen werden müsste. Aber auch selbst wenn man, entgegen vorstehender Ausführungen, sogar jeweils einen Verdacht auf vorsätzliche Tötungsakte annehmen wollte, fehlte es immer noch an Anhaltspunkten dafür, dass diese Handlungen aus einer Verfassungsgrundsätzen elementar widersprechenden, minderheitenfeindlichen Motivation heraus erfolgt wären.

Zureichende Anhaltspunkte für eine gezielte Verletzung des verfassungsmäßig verbürgten Minderheitenschutzes ließen sich schließlich - bei Unterstellung einer staatlichen Verantwortlichkeit - auch nicht aus einer Gesamtbetrachtung der verschiedenen Vorfälle gewinnen. Ein einheitliches „Muster“ der verschiedenen Todesfälle, die sich sowohl in der Auswahl der Opfer als auch in den denkbaren Tathergängen wesentlich voneinander unterscheiden, ist nicht ersichtlich. Zudem war jedenfalls die Ingewahrsamnahme des Oury Jalloh ein für die auf der betroffenen Polizeiwache diensthabenden Beamten nicht vorhersehbares Ereignis. Gegen das Vorliegen eines inneren Zusammenhangs zwischen diesen Fällen sprechen ferner die erheblichen zeitlichen Abstände von jeweils mehreren Jahren, die zwischen den jeweiligen Vorfällen lagen. Zudem enthalten auch die Feststellungen des Landgerichts Magdeburg, welches diese Vorgänge zum Gegenstand der dortigen Hauptverhandlung gemacht hatte, keine Hinweise darauf, dass diese in einer Verbindung zueinander stehen könnten.

Die in der Einleitungsverfügung vom 4. April 2017 erwogene Motivation vermag den erforderlichen Staatsschutzbezug gleichfalls nicht zu vermitteln.

Zweifelsfrei läge bei Zugrundelegung des dort - allerdings nicht gegenüber dem Beamten [REDACTED] - als Verdachtshypothese angenommenen Geschehensablaufs zwar ein gravierendes, dem Gesetzesauftrag der Polizei eklatant zuwiderlaufendes Fehlverhalten von Polizeibeamten vor; der von der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau erwogenen Motivation wohnte aber gleichwohl der erforderliche spezifischer Staatsschutzbezug nicht inne. Handlungsleitend wäre danach das Bemühen gewesen, Nachforschungen von Dienstvorgesetzten und übergeordneten Behörden mit der Folge eines entsprechenden Rechtfertigungsbedarfs einzelner Beamter zu vermeiden. Unter dieser Prämisse stünde ein gravierendes Verschulden Einzelner im Vordergrund, ohne dass ein zielgerichteter Angriff auf einen Angehörigen einer Minderheit oder sonst auf wesentliche, die freiheitliche Verfassungsordnung tragenden Belange festzustellen wäre. Die Tat wäre in ihrer spezifischen Motivation und Wirkung weder geeignet, den Bestand oder die Sicherheit eines Staates zu beeinträchtigen, noch Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben.

Ein solcher Bezug ergibt sich auch nicht, wenn man die ungeklärten Todesfälle aus den Jahren 1997 und 2002, bei denen im Übrigen keinerlei Anhaltspunkte für eine Beteiligung des Beamten [REDACTED] bestehen, in die Betrachtung einbezieht. Das Bestreben Einzelner, eigenes Fehlverhalten zu verdecken, reichte bei Fehlen eines inneren Zusammenhangs zwischen diesen Vorfällen auch insoweit nicht aus, um den erforderlichen Staatsschutzbezug herzustellen.

Der nötige Staatsschutzbezug leitet sich schließlich auch nicht daraus ab, dass - insbesondere rassistisch oder minderheitenfeindlich motiviert - ein Zusammenwirken einer

Vielzahl von Beamten (sowohl von der fraglichen Dienststelle als auch anderer Behörden) zur Ermöglichung und Verdeckung der Tat behauptet wird. Insoweit fehlt es, über die vagen Ausführungen in der Strafanzeige hinaus, an jeglichen Hinweisen auf ein behördenübergreifendes kollusives Zusammenwirken mehrerer Personen im Zuge einer Abrede zur Begehung und anschließenden Verdeckung vorsätzlicher Tötungen namentlich von Angehörigen von Minderheiten. Selbst wenn die Behauptung zuträfe, dass im Zuge der Ermittlungen zahlreiche Ungereimtheiten zu Tage getreten sein mögen, haben die bisherigen Untersuchungen einschließlich der gerichtlichen Aufarbeitung keine zureichenden Anhaltspunkte für ein derartiges, auf die Begehung und Begünstigung von Straftaten ausgerichtetes „kriminelles Netzwerk“ innerhalb von Polizei und Behörden, mithin für eine aktive Einbeziehung von Amtsträgern in ein derartiges Tatkomplott, ergeben; noch vermag die Strafanzeige derartige Verstrickungen unter Einschluss des vormaligen Beamten [REDACTED] aufzuzeigen. Dass die Tatbegehung von vornherein Teil einer solchen Absprache von Amtsträgern gewesen wäre, ist in keiner Weise belegt. Soweit die Anzeige nachträglich fragwürdige Verhaltensweisen bei der Sicherung, Erhebung und Bewertung von Beweismitteln sowie sonstige Fehler bei der Sachaufklärung anführt, ist bislang jedenfalls in keiner Weise erkennbar, dass sich darin bewusste Unterstützungshandlungen der (behaupteten) Tat des Beamten [REDACTED] manifestierten. Im Übrigen bestehen auch keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür, dass der Beamte [REDACTED] für dessen minderheitenfeindliche Grundeinstellung jegliche Anhaltspunkte fehlen, zu einer derartigen Organisation von Unterstützern objektiv und subjektiv in der Lage gewesen wäre.

2. Ein für die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts erforderlicher Staatsschutzbezug wird darüber hinaus auch nicht durch aus dem geschilderten Tatbild folgende sonstige Umstände begründet.

Insbesondere folgt ein solcher Staatsschutzbezug nicht daraus, dass — trotz des Fehlens einer minderheitenfeindlichen Motivation — ein Verdacht auf Straftaten in Rede steht, welche Polizeibeamte in Ausübung ihres Amtes in ihrer Dienststelle gegen eine Person in Polizeigewahrsam begangen hätten. Der zur Begründung einer Bundeszuständigkeit nach § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 GVG erforderliche Staatsschutzbezug ist - unabhängig von der weiteren Frage des Vorliegens einer „besonderen Bedeutung“ - auch unter diesem Aspekt nicht gegeben.

Dabei kann im Ergebnis offen bleiben, unter welchen Voraussetzungen der erforderliche Staatsschutzbezug - bei Fehlen einer entsprechenden die Verfassungswerte angreifenden Zielrichtung der Tat - im Hinblick auf den Verdacht der vorsätzlichen Tötung einer Person in staatlichem Gewahrsam gegeben sein kann. Denn auch unter diesem Gesichtspunkt müsste es sich um ein Tatgeschehen handeln, das in seinen Auswirkungen auf den Bestand der staatlichen Ordnung an die weiteren gesetzlichen Tatbestände des § 120 Abs. 2 GVG

heranreicht. Der vorliegende Sachverhalt erfüllt diese Voraussetzung jedoch unter keinem der in der Strafanzeige angesprochenen Umstände.

Die Verantwortlichkeit für den Gewahrsam des Oury Jalloh lag hier bei Dienststellen des Landes Sachsen-Anhalt. Relevante Auswirkungen für den Gesamtstaat, die den sonstigen Fallkonstellationen des § 120 Abs. 2 GVG vergleichbar wären, lassen sich aus dem Geschehen jedenfalls bislang nicht herleiten. Die Tat ist von lokalen Verhältnissen geprägt. Bezüge und Auswirkungen, welche die staatliche Ordnung in ihrer Gesamtheit betreffen, lassen sich - unter der Annahme des Fehlens einer rassistischen oder minderheitenfeindlichen Tatmotivation - bisher nicht feststellen und werden auch in der Strafanzeige nicht dargelegt.

Zwar ginge es, das Anzeigevorbringen wiederum unterstellt, um eine fraglos schwer wiegende hochkriminelle Verfehlung eines einzelnen Beamten; dessen Wirkungskreis war jedoch soweit ersichtlich auf ein einziges Polizeirevier beschränkt. Zureichende Anhaltspunkte dafür, dass diese Einzeltat Teil weitverzweigter krimineller Strukturen innerhalb der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt wäre, welche Staatsschutzbelange, namentlich die innere Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit des Staates, ernsthaft beeinträchtigen könnten, sind nicht ersichtlich. Derartige Umstände zeigt auch die Strafanzeige nicht auf.

Aus der Amtsträgerstellung des früheren Beamten [REDACTED] lässt sich eine Bundeskompetenz ebenfalls nicht herleiten. Einer Amtsträgerstellung wird im Gesetz vielfach als Anknüpfung erhöhten Unrechts strafbegründend oder strafscharfend Rechnung getragen, wobei die betroffenen Tatbestände sämtlich in die Zuständigkeit der Landesjustiz fallen. Dies zeigt, dass der Gesetz- und Verfassungsgeber diesem Kriterium unter dem Gesichtspunkt des Staatsschutzes nicht zwingend eine ausschlaggebende Bedeutung einräumen wollte. Allein aus dem Vorliegen einer Amtsträgerstellung folgt eine Zuständigkeit des Bundes mithin noch nicht. Es treten hier aber auch keine gravierenden sonstigen Faktoren hinzu, welche geeignet sein könnten, diesem Umstand in einer Zusammenschau mit anderen, die Tat prägenden Aspekten ein die Annahme eines Staatsschutzbezuges rechtfertigendes Gewicht zu verleihen.

Ein anderes Ergebnis folgt auch nicht aus einer Betrachtung im Zusammenhang mit den früheren Todesfällen Rose und Bichtemann. Zureichende Anhaltspunkte für eine (nicht aus minderheitenfeindlicher Motivation erfolgte) sonstige planmäßige Begehung von Straftaten von Polizeibeamten des betroffenen Reviers sind nicht ersichtlich. Auf obige Ausführungen wird Bezug genommen. Auch bei einer Berücksichtigung dieser Todesfälle verbleibt es bei dem vorherrschend lokalen Charakter der Taten. Eine die Zuständigkeit des Bundes gemäß § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 GVG auslösende Gefährdung der inneren Sicherheit ist daraus nicht abzuleiten.

Für die Beurteilung der Zuständigkeit unerheblich muss auch der Umstand bleiben, dass eine richterliche Genehmigung der auf das Recht der Gefahrenabwehr gestützten Freiheitsentziehung rechtsfehlerhaft nicht eingeholt worden war. Denn Fehler der Rechtsanwendung vermögen an der grundsätzlichen Zuständigkeit des Landes nichts zu ändern. Die Verkenntung des Richtervorbehalts bietet auch keinen Anhalt für die Annahme eines bewussten behördenübergreifenden kollusiven Zusammenwirkens.

Der erforderliche Staatsschutzbezug folgt hier weiter nicht daraus, dass sich die Tat - bei Unterstellung des Vorbringens in der Strafanzeige - in Zielrichtung und Wirkung als eine erhebliche Aushöhlung staatlicher Schutzpflichten mit der Folge einer weitreichenden Schutzlosigkeit von Bevölkerungsgruppen darstellen könnte.

Ein Eingreifen der Bundeszuständigkeit wäre in dieser Konstellation allenfalls in Betracht zu ziehen, wenn sich die Tat als ein Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols darstellte, der zumindest auf einer ersichtlich dauerhaften strukturellen Fehlentwicklung beruht, die so weit reicht, dass aus ihr eine grundsätzliche Bereitschaft von Amtsträgern zur Begehung schwerster Straftaten hervorgeht und sich dadurch Bevölkerungsteile ernsthaft willkürlicher Polizeigewalt ausgesetzt sehen. Denn allenfalls unter diesen Voraussetzungen wäre — auch vor dem Hintergrund der erforderlichen Vergleichbarkeit mit den anderen Tatbeständen des § 120 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GVG - an eine relevante Beeinträchtigung der inneren Sicherheit zu denken. Handelt es sich hingegen lediglich um Einzelfälle eines Missbrauchs des staatlichen Gewaltmonopols, fehlt es an dem für den Staatsschutzcharakter übergreifenden Charakter, der erst bei einer systemischen Beeinträchtigung vorliegen wird. Ebenso wenig kann das erforderliche Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit des Staates, die verfassungsmäßige Ordnung aufrechtzuerhalten, hierdurch in hinreichender Weise erschüttert werden. Selbst wenn man also diesen - im Hinblick auf die Kompetenzzuweisungen des Grundgesetzes eng auszulegenden - Maßstab anlegen wollte, wären diese Voraussetzungen hier eindeutig nicht erfüllt.

Eine solche Qualität konnte die Tat schon in ihrer Zielrichtung nicht erreichen; ebenso liegen ein ihr innewohnender hinreichender objektiver Gehalt und entsprechende Auswirkungen fern.

Ein in Übertragung der Erwägungen in der Einleitungsverfügung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vom 4. April 2017 unterstelltes Tötungsdelikt des Beamten [REDACTED] wäre schon mit Blick auf die angenommene Vorstellung des Täters und das Ziel der Tat von vornherein nicht geeignet gewesen, durch ein gezieltes Unterlaufen des staatlichen Gewaltmonopols eine entsprechende Gefährdung der inneren Sicherheit auszulösen. Wie dargelegt, sind Anhaltspunkte für eine auf Diskriminierung ausgerichtete Motivation dieses Beamten nicht gegeben. Im Vordergrund hätten vielmehr individuelle Motive, wie die

Vermeidung einer anschließenden Prüfung der Umstände der Ingewahrsamnahme des Oury Jalloh, gestanden. Diese - unterstellte - Befürchtung des Täters zeigte aber, dass dieser mit einer anschließenden Untersuchung des Vorfalls rechnete, mithin von einer weiteren wirksamen Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols ausging. Dies schließt aber das Vorliegen einer staatschutzrelevanten Eignung der Tat, die Sicherheit des Staates zu beeinträchtigen, bereits aus. Denn der Tatbegehung hätte gerade die durch nichts widerlegte Annahme zugrunde gelegen, dass der Staat sehr wohl weiterhin zur Wahrung seiner verfassungsmäßigen Schutz- und Aufklärungspflichten in der Lage war; daran sollte und konnte die Tat nichts ändern. Objektive Anhaltspunkte, welche diese Folgerung in Frage stellen könnten, sind nicht ersichtlich.

Ferner wohnte der Tat auch keinerlei Appellcharakter inne, um eine staatschutzrelevante Einschüchterung oder Verunsicherung bestimmter Gruppen oder der Bevölkerung insgesamt auszulösen. Im Gegenteil: Dem Täter wäre es nach der Hypothese der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vielmehr darum gegangen, eine Wahrnehmung der Tat durch andere zu vermeiden. Die durch eine Beachtung in der Öffentlichkeit auftretenden Effekte, etwa ein erheblicher Vertrauensverlust in der Bevölkerung, sollten gerade nicht eintreten. Auch unter Berücksichtigung ihres sonstigen Gepräges fehlte der Tat damit die Eignung, die innere Sicherheit durch eine Aushöhlung des Gewaltmonopols in einem für das Eingreifen der Bundeszuständigkeit erforderlichen Maße zu beeinträchtigen.

Legte man den in der Einleitungsverfügung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und in der Strafanzeige angenommenen Geschehensablauf zugrunde, hätte die Tat Einzelfallcharakter und wäre gerade unter Vermeidung einer Öffentlichkeitswirkung aus Anlass und in Erwartung der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols begangen worden. Ein davon ausgehendes staatschutzrelevantes Signal, das sich auf die innere Sicherheit insgesamt hätte auswirken und das Sicherheitsempfinden der Gesamtbevölkerung empfindlich hätte beeinträchtigen können, muss somit ausscheiden.

Dies gilt auch unter Berücksichtigung der vorangegangenen Todesfälle. Ein auf einer strukturellen Fehlentwicklung beruhender Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols kommt auch in der Zusammenschau mit den vorangegangenen Vorfällen aus den Jahren 1997 und 2002, selbst wenn man hier das Vorliegen vorsätzlicher Tötungsdelikte unterstellen wollte, nicht in Betracht.

Auch wenn dies angesichts des Vorstehenden letztlich offen bleiben kann, bleibt zudem in objektiver Hinsicht zweifelhaft, ob die lokal geprägten Vorgänge schon im Ansatz geeignet sein konnten, als schwer wiegende strukturelle Fehlentwicklung auf die Belange des Staatsschutzes durchzuschlagen.

Es liegt insgesamt fern, dass die Gesamtheit der bekannten tatsächlichen Umstände die Anforderungen für den erforderlichen Staatsschutzbezug erfüllen. Die Vorfälle betrafen lediglich ein einziges Polizeirevier, ohne dass eine Verstrickung anderer polizeilicher Dienststellen erkennbar wird, und zwischen den in der Anzeige aufgeführten Todesfällen lagen beträchtliche zeitliche Abstände.

3. Der erforderliche Staatsschutzbezug kann schließlich auch nicht daraus abgeleitet werden, dass Defizite bei der staatlichen Aufklärung des Geschehens zu verzeichnen sein könnten. Dabei bestehen schon durchgreifende Zweifel daran, ob sich eine Bundeskompetenz überhaupt daraus ergeben kann, dass in einer der Tat nachfolgenden Phase die Täter schwerer Straftaten von staatlicher Seite gedeckt werden (a); jedenfalls käme eine Bundeszuständigkeit auch in dieser Konstellation allenfalls in besonders gelagerten, extremen Einzelfällen in Betracht (b). Eine derartige Situation liegt hier nicht vor (c).

a) Ob sich überhaupt eine Bundeszuständigkeit daraus ergeben kann, dass in Bundesländern schwerwiegende Versäumnisse bei der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols und der Aufklärung schwerer Straftaten bestehen, welche die oben beschriebenen Folgen zeitigen, erscheint bereits äußerst zweifelhaft. So sieht die Kompetenzzuweisung des Art. 96 Abs. 5 GG nicht ausdrücklich vor, dass eine Bundeszuständigkeit unter dem Gesichtspunkt des „Staatsschutzes“ allein aufgrund einer mangelnden Effektivität der Wahrnehmung von Landeskompetenzen eingreifen könnte. Gegen die Möglichkeit einer hilfsweisen, bei Ausfall wesentlicher Landeskompetenzen zum Zuge kommenden Staatsschutzzuständigkeit des Bundes sprechen weiterhin die überragende Bedeutung der grundgesetzlichen Kompetenzordnung, die ihrerseits der Sicherung der verfassungsmäßigen Ordnung dient, sowie das spezielle in Art. 37 GG vorgesehene Verfahren des Bundeszwangs, daraus resultierende Folgeprobleme und die subjektive Schutzfunktion von Zuständigkeitsregelungen.

Nach der verfassungsmäßigen Kompetenzordnung liegt die Zuständigkeit für die Strafjustiz grundsätzlich bei den Ländern. Eine eng umgrenzte Ausnahme formuliert Art. 96 Abs. 5 Nr. 5 GG, wonach eine Bundeszuständigkeit im Bereich des „Staatsschutzes“ besteht. Dieser Bereich hat eine Ausformung durch die einfachrechtliche Norm des § 120 GVG erfahren.

Der Kompetenzordnung des Grundgesetzes kommt eine wesentliche Funktion bei der Sicherung des Bestands von Bund und Ländern zu. Zugleich gewährleistet die Einhaltung der Kompetenzordnung die wesentlichen Ziele des Staatsschutzes. Dessen zentrale Belange wie die Erhaltung des Vertrauens in die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der verfassungsmäßigen Rechtsordnung und die Gewährleistung eines

wirksamen Schutzes herausragender Rechtsgüter (auch) durch eine funktionsfähige Strafrechtspflege werden durch diese Kompetenzordnung vorgegeben und verwirklicht. Ein Aufweichen der Regelungen hätte ihrerseits zwangsläufig schwer wiegende Einbußen für die rechtsstaatliche Ordnung sowie für das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit und Berechenbarkeit staatlichen Handelns zur Folge. Dies wäre mit beträchtlichen Unsicherheiten und einer erheblichen Missbrauchsgefahr verbunden, was die Durchsetzung der Belange des Staatsschutzes nachhaltig schwächen müsste.

Auch die Historie zeigt, dass die Missachtung der verfassungsmäßigen Kompetenzen die Erhaltung eines freiheitlichen Staatswesens gefährdet. Das Beispiel des sog. Preußenschlages vom 20. Juli 1932, welcher einen Meilenstein auf dem Weg zur Beseitigung der Demokratie der Weimarer Republik markierte, belegt dies eindrucksvoll.

Die Kompetenzen von Bund und Ländern stehen grundsätzlich in einem Verhältnis der Gleichrangigkeit; eine allgemeine „Reservekompetenz“ des Bundes gibt es nicht. Das Grundgesetz stellt lediglich für den Fall einer nicht mehr vorhandenen Fähigkeit zur Erfüllung von „Bundespflichten“ in Art. 37 GG das besondere, unter verfassungsgerichtlicher Kontrolle stehende und die Beteiligung des Bundesrats voraussetzende Verfahren des „Bundeszwangs“ bereit. Daraus ließe sich im Gegenschluss ableiten, dass dem Bund außerhalb von „Bundespflichten“ keine Ersetzung von Länderkompetenzen möglich ist. Unabhängig davon, welche konkreten verfassungsrechtlichen Folgerungen sich aus Art. 37 GG für die hier behauptete Situation eines Ausfalls der Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols ergeben, spricht jedenfalls bereits die Existenz dieser Verfassungsnorm dagegen, die Kompetenzordnung in diesen Fällen mit leichter Hand einzelfallbezogen überspielen zu können. Dies gilt umso mehr, als die Länder über ein ausgeprägtes System rechtlicher und parlamentarischer Kontrollbefugnisse verfügen. Es ist Aufgabe der Länder, etwaige Defizite in Polizei und Justiz eigenständig zu beheben.

Angesichts der letztlich begrenzten Möglichkeiten des auf den Ausgleich individueller Schuld ausgerichteten - Strafrechts würde sich zudem allgemein und speziell bei benachbarten Rechtsgebieten, wie etwa dem Recht der Gefahrenabwehr, die Frage stellen, ob und unter welchen Bedingungen auch insoweit eine übergeordnete „Hilfszuständigkeit“ des Bundes zur Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols eingreifen könnte.

Schließlich kommt den gesetzlichen Regelungen der Strafverfolgungszuständigkeit, wie etwa der Anspruch auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG) zeigt, neben der objektiven auch eine subjektive Schutzfunktion zu, welche diesen

Bestimmungen in einer potenziellen Abwägung mit entgegenstehenden Belangen zusätzliches Gewicht verleihen würde.

- b) Selbst wenn man, trotz vorstehender Ausführungen, dennoch annehmen wollte, dass zur Verwirklichung der Ziele des Staatsschutzes, etwa unter Rückgriff auf die Verfassungsentscheidung für eine wehrhafte Demokratie, ausnahmsweise ein Eingreifen der Bundeszuständigkeit in der vorliegenden Konstellation nicht ausgeschlossen ist, wäre dieses jedenfalls auf extreme Einzelfälle eines systemischen Versagens bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols beschränkt.
- c) Für ein Vorliegen dieser äußerst eng auszulegenden Voraussetzungen fehlt es hier an einer tatsächlichen Grundlage; sie wären auch selbst dann schon im Ansatz nicht erfüllt, wenn man das Vorbringen in der Strafanzeige vollständig unterstellen wollte.

Tatsächliche Umstände, welche die Annahme einer derartigen Extremsituation begründen könnten, sind hier nicht festzustellen. Es fehlt bereits an ausreichenden Verdachtsmomenten dafür, dass ein gezielter Missbrauch staatlicher Befugnisse zur Deckung der Täter vorliegen könnte. Soweit sich die Strafanzeige auf behördenübergreifende Manipulationen von Beweisen durch staatliche Stellen im Zuge der Ermittlungen zur Feststellung der Todesursache von Oury Jalloh bezieht, bestehen bereits keine zureichenden Anhaltspunkte für die in der Strafanzeige behaupteten Manipulationen mit dem Ziel einer planmäßigen Verdeckung tatsächlicher Geschehensabläufe. Aber selbst bei Unterstellung des behaupteten bewussten Fehlverhaltens von Beamten, wofür bislang ebenfalls keine zureichenden Anhaltspunkte bestehen, lassen die Umstände nicht erkennen, dass gesamtstaatliche Belange in der hier geforderten besonderen, notstandsähnlichen Schwere beeinträchtigt sein könnten.

- 4. Ungeachtet dessen wird der Generalbundesanwalt das Vorliegen seiner Zuständigkeit im Rahmen des vorliegenden Beobachtungsvorgangs weiterhin fortlaufend und unter allen Gesichtspunkten prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Lohse)